



Ökumenisches Büro
für Frieden und
Gerechtigkeit e. V.

Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V., Pariser Str. 13, D-81667 München, Tel. 089-448 59 45
Friends of the Earth International Secretariat, P.O.Box 19199, 1000 GD Amsterdam, The Netherlands
International Rivers, 2054 University Ave, Suite 300, Berkeley, CA 94704-2644, US

*Arbeitsübersetzung des englischen Originals vom 14. Januar 2015
das bereits an den Siemens-CEO Herrn Joe Kaeser übergeben wurde*

26.Januar 2015

Sehr geehrter Herr Kaeser,

das folgende Dossier gibt Ihnen einen Überblick über die Menschenrechtsverletzungen, die mit dem versuchten Bau des Wasserkraftwerks "Agua Zarca" am Gualcarque-Fluss in der Region Río Blanco (Intibucá) Honduras in Zusammenhang stehen.

Wir fordern Sie höflich dazu auf, jegliche Beteiligung am Kraftwerksprojekt "Agua Zarca" in der Region Rio Blanco (Honduras) durch das Siemens Joint Venture Voith Hydro zu beenden und sich vollständig aus dem Projekt zurückzuziehen. Für Voith Hydro ergibt sich die Gelegenheit hierzu dadurch, dass der Bau des Damms noch nicht begonnen hat und vorherige Bestrebungen des Dammbaus mit schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen verbunden waren - sogar mit vorsätzlicher Tötung. Das chinesische Unternehmen SINOHYDRO, das größte Dammbau-Unternehmen der Welt, hat sich bereits aus dem Projekt zurückgezogen¹, ebenso der mit der Weltbank verbundene Central American Mezzanine Infrastructure Fund (CAMIF).²

In den folgenden Absätzen legen wir in einem kurzen Abriss Informationen vor, inwiefern der Agua Zarca Damm internationale Menschenrechtsstandards verletzt, insbesondere das Übereinkommen 169 über eingeborene und in Stämmen lebende Völker in unabhängigen Ländern der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO-Konvention 169), das von Honduras ratifiziert wurde, die Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker (UNDRIP), den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR), die Amerikanische Menschenrechtskonvention (ACHR) und den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR).

1. Missachtung der Rechte indigener und traditioneller Völker auf freie, frühzeitige und informierte Konsultation bzw. Zustimmung

Eines der gravierendsten juristischen Probleme Agua Zarca betreffend ist der Umstand, dass es keine freie, frühzeitige und informierte Konsultation der betroffenen indigenen Gruppe der Lenca zu dem Projekt gab, wie es die ILO Konvention 169 vorsieht. Diese ist ein rechtlich verbindliches

1 Vgl. Brief von Sinohydro an das Business & Human Rights Resource Centre: www.business-humanrights.org/Links/Repository/1023559/jump

2 CAO-Gutachten über die Bedenken der Gemeinden im Zusammenhang mit dem CAMIF-Projekt der Internationalen Finanz-Corporation IFC (#26590), Januar 2014 http://www.cao-ombudsman.org/cases/case_detail.aspx?id=208

internationales Instrument, welches von Honduras im Jahr 1995 ratifiziert wurde³. In Artikel 7 der Konvention wird formuliert, dass die betreffenden Völker das Recht haben müssen, „ihre eigenen Prioritäten für den Entwicklungsprozess, soweit er sich auf ihr Leben, ihre Überzeugungen, ihre Einrichtungen und ihr geistiges Wohl und das von ihnen besiedelte oder anderweitig genutzte Land auswirkt, festzulegen und soweit wie möglich Kontrolle über ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung auszuüben.“ Die betroffenen Lenca-Gemeinden haben in diesem Zusammenhang wiederholt ihre Ablehnung des Projektes „Agua Zarca“ in öffentlichen Gemeindeversammlungen erklärt⁴.

Ebenso verletzt der Bau des Damms die Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker, welches die freie, frühzeitige und informierte Zustimmung von indigenen Völkern voraussetzt⁵. Eine freie, frühzeitige und informierte Zustimmung sollte beinhalten, dass die indigenen Völker ihre Zustimmung für ein sie betreffendes Projekt erklären, nachdem sie vollständig über die Auswirkungen des Projekts informiert worden sind; dass sie auf freiwilliger Basis dem Projekt zustimmen; und dass diese Zustimmung eingeholt wurde, bevor legislative oder administrative Maßnahmen verabschiedet oder implementiert wurden, die sie betreffen können⁶.

Im Falle „Agua Zarca“ wurde nicht nur das Recht auf freie, frühzeitige und informierte Zustimmung an sich verletzt, es wurden auch die Resultate von Versammlungen manipuliert, die erst stattfanden, nachdem das Projekt bereits von der honduranischen Regierung genehmigt war. So verließ etwa der Bürgermeister von Intibucá am 13. Oktober 2011 eine Versammlung, bei der die teilnehmenden betroffenen Lenca-Gemeinden ihre Opposition zu dem Projekt deutlich zum Ausdruck brachten, fälschte anschließend das Sitzungsprotokoll und ließ gefälschte oder unter anderen Vorwänden erschlichene Unterschriften dafür anfertigen.⁷ In klarer Verletzung der ILO-Konvention 169 stellte er anschließend die Baugenehmigung für das Projekt aus. Am 15. April 2013 stellte die Staatsanwaltschaft deshalb beim Amtsgericht von Intibucá Strafanzeige gegen Bürgermeister Martiniano Dominguez M. wegen Autoritätsmissbrauchs.

Am 21. August 2013 präsentierte die Staatsanwaltschaft eine weitere Strafanzeige, diesmal beim Obersten Gerichtshof, gegen den Staatssekretär für natürliche Ressourcen und Umweltfragen Marco Jonathan Lainez Ordoñez. Ihm wird vorgeworfen einen positiven Umweltverträglichkeitsbescheid für Agua Zarca ausgestellt zu haben, ohne die betroffene Lenca-Bevölkerung zu konsultieren. Beide Fälle sind weiter bei den zuständigen Gerichten anhängig.

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass die Konzessionierung des Gualcarque-Flusses durch die honduranische Regierung zugunsten der DESA im Zuge der Ausschreibung № 100-1293/2009 kurz nach einem zivil-militärischen Putsch stattfand, bei dem der gewählte Präsident mit Gewalt außer

3 Artikel 6 der ILO-Konvention verlangt, die betreffenden Völker durch geeignete Verfahren und insbesondere durch ihre repräsentativen Einrichtungen zu konsultieren, wann immer gesetzgeberische oder administrative Maßnahmen, die sie unmittelbar berühren können, erwogen werden. Vgl. <http://www.ilo.org/indigenous/Conventions/no169/lang--en/index.htm>

4 Hierfür gibt es zahlreiche Beispiele, wie etwa die indigenen Versammlung im Oktober 2010 in der Region, bei denen jeweils öffentlich die Ablehnung des Projektes erklärt wurde. Bezüglich der illegalen Konzessionierung des Rio Gualcarque wurde bereits 2010 Anzeige erstattet. Auch bei Treffen mit der Betreibergesellschaft DESA im Jahr 2011 lehnte die Bevölkerung den Dammbau deutlich ab, zudem gab es Protestaktionen gegen den Damm u.a. vor honduranischen Regierungsstellen.

5 Siehe z.B. Artikel 19: „Die Staaten verständigen sich und kooperieren nach Treu und Glauben mit den betroffenen indigenen Völkern, über deren eigene repräsentative Institutionen, um ihre freiwillige und in Kenntnis der Sachlage erteilte vorherige Zustimmung zu erhalten, bevor sie Gesetzgebungs- oder Verwaltungsmaßnahmen beschließen und durchführen, die sich auf diese Völker auswirken können.“

6 Vgl. Artikel 32.2 der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker: „Die Staaten verständigen sich und kooperieren nach Treu und Glauben mit den betroffenen indigenen Völkern, über deren eigene repräsentative Institutionen, um ihre freiwillige und in Kenntnis der Sachlage erteilte Zustimmung zu erhalten, bevor sie ein Projekt genehmigen, das sich auf ihr Land oder ihre Gebiete und sonstigen Ressourcen auswirkt, insbesondere im Zusammenhang mit der Erschließung, Nutzung oder Ausbeutung von Bodenschätzen, Wasservorkommen oder sonstigen Ressourcen.“ <http://www.un.org/esa/socdev/unpfii/documents/Declaration%28German%29.pdf>

7 Vgl. dazu die spanischsprachige Videodokumentation über die Manipulation der Unterschriften: <http://vimeo.com/78375391>

Landes gebracht worden war und das Land aus der Organisation Amerikanischer Staaten ausgeschlossen wurde.⁸ Mit anderen Worten: Als die Konzession für den Gualcarque-Fluss genehmigt wurde, befand sich Honduras in einer Situation der Rechtlosigkeit, die von der internationalen Gemeinschaft nicht anerkannt war.

2. Verletzung indigener Rechte auf Land und Gemeingüter

Artikel 14 und 15 der ILO Konvention 169⁹ und Artikel 26 der UNDRIP¹⁰ schreiben klar die Rechte indigener Gemeinschaften fest, ihre traditionellen Ländereien und Naturressourcen zu besitzen, zu nutzen, zu schützen und zu bewahren. Das Agua Zarca-Projekt für ein Wasserkraftwerk verletzt diese Rechte eindeutig, hat sich doch die DESA traditionell indigene Ländereien angeeignet und sogar Mais- und Bohnenanpflanzungen, von den die Subsistenz der indigenen Gemeinden abhängt, zerstört. Das Projekt verletzt auch die Rechte der Lenca-Gemeinschaften auf ihre Gemeingüter, indem es einen Abschnitt des Gualcarque-Flusses an sich reißt, dessen freies Fließen in der Kosmovidion der Lenca einen wichtigen Platz einnimmt und der zugleich bedeutsam für die Wasserversorgung ihrer Felder ist. DESAs Aneignung traditionell indigener Ländereien, insbesondere der enorm fruchtbaren Ländereien der Auen namens "Culaton" und "Achotal" macht einen großen Teil der Konfliktivität dieses Projektes aus. Landbesitz ist in Honduras ein sehr kontroverses Thema: Oftmals existieren für das gleiche Landstück widerstreitende Landtitel unterschiedlicher staatlicher Instanzen. Die DESA argumentiert beispielshalber, sie habe Land von individuellen Landbesitzern "erworben", überwiegend Nicht-Lenca, denen die Titel traditionellen Lenca-Landes in der Region Rio Blanco vom Bürgermeister von Intibucá übereignet wurden, mithin der gleichen Person, von der oben erwähnt ist, dass gegen sie Klagen anhängig sind. Dies geschah, obwohl die Lenca-Gemeinden traditionelle Landtitel vorweisen können, die in den 1890er Jahren ausgestellt wurden. 1942 wurden die Flurgrenzen festgestellt und 1984 erneut bei der Provinzverwaltung von Intibucá dokumentiert.

3. Verletzung kultureller Rechte

Nach Auffassung der Lenca sind ihre Kultur und ihr Territorium keine voneinander getrennten Objekte, sondern sie bilden eine spirituelle Einheit. Die erzwungenen Veränderungen ihres natürlichen Habitats, wie etwa das Agua Zarca-Staudammprojekt und der damit verbundene Verlust von Land führen zu schwerwiegenden Veränderungen oder gar dem Verlust ihrer Kultur. Nach internationalem Recht ist die kulturelle Identität indigener Gruppen zusätzlich zu ihrem Recht auf Land besonders beschützt. Artikel 4.1 der ILO-Konvention 169 verpflichtet Regierungen "gegebenenfalls besondere Maßnahmen zum Schutz der Einzelpersonen, der Einrichtungen, des Eigentums, der Arbeit, der Kultur und der Umwelt der betreffenden Völker zu ergreifen."

Gemäß Artikel 8 der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker müssen Regierungen die indigene Bevölkerung vor "jedweden Maßnahmen [bewahren], die zum Ziel oder zur Folge haben, dass indigene Völker und Menschen ihrer Integrität als eigenständige Völker oder ihrer kulturellen Werte oder ihrer ethnischen Identität beraubt werden." Der Gualcarque-Fluss ist für die Lenca-Gemeinschaften heilig und hat eine besondere spirituelle Bedeutung: Sie glauben, dass

8 http://www.oas.org/en/media_center/press_release.asp?sCodigo=E-219/09

9 Beispielshalber Artikel 14.1: "Die Eigentums- und Besitzrechte der betreffenden Völker an dem von ihnen von alters her besiedelten Land sind anzuerkennen. Außerdem sind in geeigneten Fällen Maßnahmen zu ergreifen, um das Recht der betreffenden Völker zur Nutzung von Land zu schützen, das nicht ausschließlich von ihnen besiedelt ist, zu dem sie aber im Hinblick auf ihre Eigenversorgung dienenden und ihre traditionellen Tätigkeiten von alters her Zugang haben." Und Artikel 15.1: "Die Rechte der betreffenden Völker an den natürlichen Ressourcen ihres Landes sind besonders zu schützen. Diese Rechte schließen das Recht dieser Völker ein, sich an der Nutzung, Bewirtschaftung und Erhaltung dieser Ressourcen zu beteiligen."

10 So etwa Artikel 26.2: „Indigene Völker haben das Recht, das Land, die Gebiete und die Ressourcen, die sie besitzen, weil sie ihnen traditionell gehören oder sie auf sonstige Weise traditionell innehaben oder nutzen, sowie die, die sie auf andere Weise erworben haben, zu besitzen, zu nutzen, zu erschließen und darüber zu verfügen.“

die Geister der Kinder in dem Fluss leben und dass ihm freier Lauf gelassen werden muss. Der Flussabschnitt, an dem die DESA den Damm bauen möchte und zudem sie den Zugang gesperrt hatte, ist außerdem genau die Stelle, an dem traditionell gemeinsam gebadet wird und weitere kulturell wichtige Gemeindeaktivitäten, Zeremonien etc., stattfinden.

4. Recht auf Ernährung und Wasser

Das Kraftwerksprojekt Agua Zarca hat bereits zur Zerstörung für die Lenca-Familien der Region wichtiger Nahrungsmittelquellen geführt und ihnen den Zugang zum Gualcarque-Fluss versperrt; sollte der Staudamm gebaut werden, so droht er die Ernährungssouveränität der lokalen Lenca-Gemeinschaften zu zerstören. Die indigenen Gemeinden der Lenca hängen von Mais, Bohnen und anderen Feldfrüchten als Grundnahrungsmittel ab. Sie sind in einem materiellen Sinn extrem arm und betreiben Subsistenzlandwirtschaft. 2012, 2013 und 2014 wurden im Zuge des Kraftwerksprojektes die Ernten der Gemeinde La Tejera (Rio Blanco) zerstört. Für manche Familien bedeutete das den Verlust ihrer gesamten Bohnen- und Maisvorräte bis zur nächsten Ernte. DESA-Sicherheitspersonal hatte den Lenca-Kleinbauern den Zugang zum Fluss verwehrt und so die Bewässerung der Felder erheblich erschwert. DESA-Angestellte vernichteten schließlich sämtliche nahezu erntereife Mais- und Bohnenpflanzen. Es ist unmöglich, die Bedeutung eines derartigen Verlustes für eine Lenca-Familie zu überschätzen. Es fehlen schlicht alle drei täglichen Mahlzeiten aus Maistortillas und Bohnenmus sowie das Futter für Tiere, wie Hühner oder Enten. Das Überleben der Lenca-Familien hängt von ihren Ernten ab.

Die Rechte auf Nahrung und Wasser sind internationale Menschenrechte. Artikel 11 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, Artikel 12 der UN-Erklärung der Menschenrechte sowie Artikel 10 und 12 der Amerikanischen Menschenrechtskonvention garantieren das Recht auf Nahrung. Artikel 7 der ILO-Konvention 169 sowie Artikel 21 und 29 der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker legen fest, dass Regierungen den Zugang zu Nahrungsmittel und Gesundheitsversorgung für indigene Gemeinschaften sicherstellen müssen. Die Zerstörung von Nahrungsquellen und die Verhinderung des Zugangs zum für die Bewässerung der Felder nötigen Fluss sind klare Verletzungen der Rechte der Lenca-Bevölkerung auf für ihre Subsistenz entscheidende Nahrung.

5. Verletzung des Rechtes auf Leben, physische und psychische Unsehrtheit und auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit

DESA und die honduranische Regierung haben das Agua Zarca-Projekt gegen den Willen der betroffenen Lenca-Gemeinden vorangetrieben. Mit Hilfe von Todesdrohungen, Einschüchterung, Gewalt, Militarisierung, Verfolgung durch die Polizei, willkürliche Hausdurchsuchungen und sogar durch Mord, haben sie versucht den betroffenen Lenca das Projekt aufzuzwingen. Als Antwort auf den Widerstand gegen den Staudamm, wurden Polizei- und Militäreinheiten in die Region Rio Blanco geschickt. Das Militär lebte in den Bauten der DESA und operierte von dort aus.

Diejenigen, die sich offen gegen das Projekt aussprechen, insbesondere Mitglieder des Indigenen Rates von Rio Blanco, des Gemeinderates von La Tejera und der Lenca-Menschenrechtsorganisation COPINH leben in permanenter Angst. Sie bekommen Todesdrohungen, wurden attackiert, ihre Häuser wurden durchsucht, ihre Kinder von Polizisten geschlagen, Soldaten richteten ihre Gewehre auf sie und DESA-Angestellte bedrohten sie.

Am 15. Juli 2013 eröffnete einer der Soldaten, die in den Bauten der DESA stationiert waren, das Feuer gegen einen Protestzug der Lenca-Gemeinden gegen den Staudamm. Er erschoss den gewählten Gemeindevorstand Tomas Garcia und verletzte dessen 17-jährigen Sohn

schwer. Der Soldat feuerte aus kurzer Entfernung mehrere Schüsse direkt auf Garcia, der dem Protestzug voranging. Etwa 200 Menschen, Demonstrant_innen, Soldaten und Polizisten waren Zeugen des Geschehens. Der 17jährige Alan Garcia, der neben seinem Vater ging, wurde schwer an Brust und Rücken verletzt, überlebte jedoch.¹¹ Eine weitere Kugel streifte den Nacken des Gemeindebewohners Desiderio Mendez, der so einer schweren oder gar tödlichen Verletzung knapp entkam.

Die Interamerikanische Menschenrechtskommission verurteilte die Erschießung von Tomas Garcia und forderte den honduranischen Staat auf, „die physische Integrität und die Sicherheit der Anführer und Mitglieder der Lenca-Gemeinden zu gewährleisten, die gegen den Bau von Projekten auf ihrem angestammten Territorium protestieren.“ Die Kommission machte den honduranischen Staat energisch darauf aufmerksam, dass das Recht der Lenca-Bevölkerung sich zu versammeln und ihre Meinung auszudrücken, zu gewährleisten ist und konstatierte, dass „Demonstrationen und Proteste ein Ausdruck des Rechtes auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit sind und als solche unabdingbar für die Existenz und die Funktionsfähigkeit einer demokratischen Gesellschaft.“ Gewaltakte und Attacken gegen Menschenrechtsverteidiger_innen wie im Falle indigener Führungsfiguren, die ihre Rechte auf ihre angestammten Territorien verteidigten, so die Kommission weiter, verletzten nicht nur deren Rechte als Individuen, sondern bedrohten auch die fundamentale Rolle, die sie für die Gesellschaft spielten.¹²

Trotz der mahnenden Worte der Interamerikanischen Menschenrechtskommission, gingen gewaltsame Unterdrückung des Protestes, Drohungen und Einschüchterungsversuche in der Rio Blanco Region weiter. Anhang 1 zu diesem Dossier führt einige Beispiel dafür auf.

Das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person ist das fundamentalste Menschenrecht das die UN-Erklärung für Menschenrechte kennt.¹³ Durch die Versuche das Staudamm-Projekt Agua Zarca gewaltsam durchzusetzen und den Protest dagegen niederzuschlagen, ist es ganz klar verletzt worden. Gleiches gilt für das Recht auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit, das ebenfalls in der UN-Erklärung für Menschenrechte festgeschrieben ist und vom honduranischen Staat im Hinblick auf die Unterdrückung der Proteste gegen „Agua Zarca“ mehrfach verletzt wurde.¹⁴

6. Missbrauch des Justizsystems

Seit dem zivil-militärischen Putsch 2009 in Honduras ist das Justizsystem besonders korrupt geworden. Es wird von mächtigen und finanziell starken Interessengruppen beeinflusst. Menschenrechtsverteidiger_innen werden kriminalisiert, während gleichzeitig Fälle, in die Unternehmen und mächtige Eliten verwickelt sind, nicht angemessen bearbeitet werden.¹⁵ Insofern ist es nicht verwunderlich, dass das honduranische Justizwesen bisher (Stand Januar 2015) mit entsprechenden Fällen und Klagen im Zusammenhang mit dem Projekt „Agua Zarca“ nicht vorangekommen ist, aber sehr schnell dabei war, die Lenca-Anführer_innen der Opposition zu kriminalisieren.

Am 24. Mai 2013 wurde Berta Caceres, die Koordinatorin der indigenen Lenca-Organisation COPINH

11 http://www.oas.org/en/iachr/media_center/PReleases/2013/052.asp
<http://www.soaw.org/about-us/equipo-sur/263-stories-from-honduras/4129-tomasgarcia>

12 „IACHR Condemns the Murder of Lenca indigenous leader and injuries to a child in Honduras Military operation,“ 19.Juli 2013, verfügbar unter: www.oas.org/en/iachr/media_center/PReleases/2013/052.asp

13 UN-Charta „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“, Artikel 3

14 UN-Charta „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ Artikel 20.1: „Alle Menschen haben das Recht, sich friedlich zu versammeln und zu Vereinigungen zusammenzuschließen.“

15 Human Rights Watch 2014 World Report: Kapitel Honduras, www.hrw.org/world-report/2014/country-chapters/honduras, and „No justice in wave of killings over land,“ Human Rights Watch, <http://www.hrw.org/news/2014/02/12/honduras-no-justice-wave-killings-over-land> sowie „There are no Investigations Here,“ Human Rights Watch, <http://www.hrw.org/reports/2014/02/12/there-are-no-investigations-here>

von honduranischen Militärs festgenommen, als sie nach Rio Blanco fuhr. Sie wurden wegen angeblichen "illegalen Waffenbesitzes" ins Gefängnis gebracht und musste die Nacht über dort bleiben. DESA und die Staatsanwaltschaft brachten weitere Anzeigen gegen Caceres und zwei weitere Lenca-Führungsfiguren im Zusammenhang mit deren Gegnerschaft gegen den "Agua Zarca"- Staudamm auf den Weg. Am 20. September 2013 wurde Haftbefehl gegen Berta Caceres ausgestellt, allen Beschuldigten wurde verboten, die Region Rio Blanco zu betreten. Amnesty International erklärte, dass Berta Caceres im Falle ihrer Inhaftierung als politische Gefangene betrachtet würde.¹⁶ Nachdem eine Vielzahl von internationalen Menschenrechtsorganisationen ihre Sorge über die ungerechtfertigten Anschuldigungen gegen Cáceres kundgetan hatten¹⁷, ließ der honduranische Staat die erste Anklage gegen sie fallen und entschuldigte sich. Man gab zu, dass sie wegen ihrer Arbeit als Verteidigerin indigener Rechte verhaftet worden war. Die zweite Anklage ist jedoch weiterhin bei einem Berufungsgericht anhängig.

Der Einfluss mächtiger Interessengruppen auf das Justizsystem bedeutet auch, dass diese nicht willens ist, sich mit der Gesetzeswidrigkeit des Agua Zarca-Projektes aufgrund der fehlenden freien, frühzeitigen und informierten Konsultation bzw. Zustimmung und der fortgesetzten Menschenrechtsverletzungen durch den Versuch, die Lenca-Bevölkerung zur Akzeptanz des Projektes zu zwingen, auseinanderzusetzen. Ermittlungen gegen Regierungsbeamte wegen der Verletzung der ILO-Konvention 169 kommen nicht voran und verschiedene Anzeigen der Lenca wegen der Verletzung ihrer Rechte ruhen in den Archiven. Die damalige UN-Sonderberichterstatterin für die Lage von Menschenrechtsverteidiger_innen äußerte sich bei ihrem Besuch in Honduras besorgt über diese Situation.¹⁸

Wie in diesem Dossier aufgezeigt, verletzt das geplante Projekt für das Wasserkraftwerk "Agua Zarca" in Rio Blanco die Menschenrechte der Lenca-Bevölkerung in der Region gravierend. Gemäß den UN Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte "sollten Wirtschaftsunternehmen das gesamte geltende Recht einhalten und die international anerkannten Menschenrechte achten, unabhängig davon, wo sie ihre Geschäfte tätigen."¹⁹

Wir fordern Voith Hydro dringend auf, die Gelegenheit zu nutzen und internationalen Menschenrechtsstandards zur Geltung zu verhelfen, indem Sie sich aus dem Projekt "Agua Zarca" zurückziehen.

Aufgrund der Tatsache, dass der eigentliche Bau von Staudamm- und Kraftwerk noch nicht begonnen hat, sondern vielmehr durch die Opposition der Bevölkerung de facto seit über anderthalb Jahren ein Baustopp besteht, ist für Voith Hydro/Siemens noch die Möglichkeit gegeben, sich gesichtswahrend zurückzuziehen, ohne sich weiter in die damit verbundenen schweren Menschenrechtsverletzungen zu verstricken. Beispiele dafür gibt es bereits: Das chinesische Unternehmen SINOHYDRO, der weltgrößte Staudammbauer, hat sich bereits aus dem Projekt zurückgezogen, und zwar eben wegen der hohen Konflikthaftigkeit des Projektes. Nach sechsmonatiger Arbeit am Projekt vor Ort in Rio Blanco stellte SINOHYDRO die Bauarbeiten ein und zog sein Personal aus Rio Blanco ab. Am 24. August 2013 beendete SINOHYDRO dann offiziell seinen Vertrag mit der DESA. SINOHYDRO gab öffentlich bekannt: "Von Beginn unserer Arbeiten an, haben wir festgestellt, dass es schwerwiegende

16 Vgl. Honduras: Indigenous Leaders Face Unjust Charges.
<http://www.amnesty.org/en/library/asset/AMR37/012/2013/en/20e5d443-a7bb-4923-83e7-fabd1b18faa0/amr370122013en.html>

17 Vgl. Honduras: Judicial persecution against 3 Indigenous Lenca leaders:
<http://www.fidh.org/es/americas/honduras/honduras-hostigamiento-judicial-en-contra-de-tres-lideres-indigenas-del-14005>

18 Pressemitteilung und Anmerkungen der UN-Sonderberichterstatterin zur Lage von Menschenrechtsverteidigern, 14. Februar 2012 <http://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=11827&LangID=E> und <http://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=11830&LangID=E>

19 UN-Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte Art. 11 und Art. 12

Interessenskonflikte zwischen dem Betreiber des Projektes, d.h. der DESA, und den lokalen Gemeinden gab.“²⁰ Auch der Central American Mezzanine Infrastructure Fund (CAMIF) hat ein Darlehen gestrichen, das er dem Projekt zugesagt hatte. Der Rückzug des CAMIF erfolgte, nachdem die Lenca-Organisation COPINH Klage beim Compliance Advisor Ombudsman (CAO) der Weltbank wegen der Verletzung der ILO-Konvention 169 eingereicht hatte und diese vom Ombudsmann für zulässig erklärt worden war. Im Januar 2014 gab er ein Gutachten heraus und erklärte, dass das Projekt weder nach den Kriterien des CAMIF noch sonst einer Weltbankinstitution förderfähig sei.²¹

Wir hoffen,⁷ dass Voith Hydro die Verletzung der ILO-Konvention 169 und die weiteren mit dem Projekt “Agua Zarca” verbundenen Menschenrechtsverletzungen in gleicher Weise berücksichtigt und sich von jeglicher Beteiligung zurückzieht.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit,

Monti Aguirre, **International Rivers**

Jagoda Munic, Chairperson, **Friends of the Earth International**

Andrea Lammers, **Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V., München**

²⁰ Antwort von Sinhydro auf Fragen des Business & Human Rights Resource Centre: www.business-humanrights.org/Links/Repository/1023559/jump

²¹ CAO-Gutachten über die Bedenken der Gemeinden im Zusammenhang mit dem CAMIF-Projekt der Internationalen Finanz-Corporation IFC (#26590), Januar 2014 http://www.cao-ombudsman.org/cases/case_detail.aspx?id=208